

1.1. Der Spagat wird schwieriger: Die deutsche Politik vor neuen Herausforderungen (Harald Müller/Bruno Schoch)

Die neue rot-grüne Regierung beabsichtigt, die internationale Politik weiter zu verrechtlichen und die UNO auszubauen. Wenige Monate nach ihrem Amtsantritt führt die Bundesrepublik an der Seite ihrer Alliierten einen Luftkrieg gegen Jugoslawien ohne völkerrechtliche Legitimation. Der Widerspruch verweist darauf, daß es schwieriger werden wird, zwei Lektionen aus der deutschen Vergangenheit auch künftig zu befolgen. Der erfolgreiche Bonner Multilateralismus, der jeden Gewalteininsatz an das Recht bindet, und die im Rahmen der NATO erfolgte gelungene politisch-kulturelle Westintegration Deutschlands, geraten in Widerstreit. Und zwar in dem Maße, wie das außenpolitische Pendel in den USA weiter zum Unilateralismus ausschwingt. Wir brauchen eine Renaissance eines kritischen Transatlantismus, vor allem aber gilt es, der drohenden Entwertung der UNO entgegenzuwirken.

1.2. Dem Frieden dienen! Zur deutschen Sicherheitspolitik nach dem Krieg (Dieter S. Lutz)

Die Verfassung der Bundesrepublik setzt der deutschen Sicherheitspolitik klare Präferenzen. Sie will die Ächtung des Krieges und die Erhaltung des Friedens durch primär nichtmilitärische Mittel auf der Grundlage des Rechts und der Entwicklung eines Systems kollektiver Sicherheit. Dem stehen international vier "Paradoxien" entgegen, die den Blockkonflikt überdauert haben: ein unmäßiges Rüstungsverhalten, der Verzicht auf Krisenprävention, die bündnisförmige Sicherheitsorganisation und die amerikanische Hegemonialstellung. Nach dem Debakel des Kosovo-Krieges scheint eine grundlegende Debatte über die künftige Sicherheitsordnung Europas und die Aufgabe Deutschlands unabweisbar. Nachzudenken ist über ein neues politisches Rollenverständnis, das die gleichberechtigte Teilung von Führungsverantwortung mit dem Prinzip des "Führens durch Dienen" verbindet.

1.3. Die westliche Staatenwelt im Strudel der Kosovo-Kriege (Berthold Meyer)

Die internationalen Bemühungen, den Kämpfen zwischen serbischen Sicherheitskräften und der Kosovo-albanischen Befreiungsarmee UCK ein Ende zu setzen und den 1998 dabei vertriebenen Kosovaren die Heimkehr zu ermöglichen, sind nicht erst im Frühjahr 1999 gescheitert. Der UN-Sicherheitsrat war 1998 nur zu unwirksamen Sanktionen in der Lage. Die OSZE war überfordert, eine 2000-köpfige Verifikationsmission aufzustellen. Die NATO hingegen baute eine Drohkulisse auf und geriet unter militärischen Zugzwang, nachdem sie mit mehreren Ultimativen keinen Friedensvertrag durchsetzen konnte. Der von ihr am 24. März 1999 begonnene Luftkrieg gegen Jugoslawien hat viele Ziele zerstört, aber das politische Ziel, die "humanitäre Katastrophe" im Kosovo zu beenden, völlig verfehlt.

1.4. Sollten humanitäre Interventionen erlaubt werden? Überlegungen aus völkerrechtlicher Sicht (Hans-Michael Empell)

In der Diskussion über die Luftangriffe der NATO auf Ziele in Jugoslawien werden häufig völkerrechtliche Argumente vorgebracht. Die deutsche Bundesregierung beruft sich auf ein Recht zur humanitären Intervention, um die Luftangriffe zu rechtfertigen. Ein derartiges Recht wird zumeist mit dem Argument abgelehnt, die NATO dürfe sich nicht an die Stelle des UN-Sicherheitsrates setzen; dieser habe ein Gewaltmonopol. Im Hinblick auf die Durchsetzung grundlegender Normen des Völkerrechts, z.B. des Genozidverbots, besteht jedoch eine Lücke im internationalen Recht. Wegen dieser Lücke ist ein Recht zur humanitären Intervention in Einzelfällen nicht völlig auszuschließen. Um einem Mißbrauch vorzubeugen, sind solche Interventionen jedoch an strenge Kriterien zu binden. Ob die Luftangriffe der NATO als humanitäre Intervention gerechtfertigt werden können, wird noch zu diskutieren sein.

1.5. Über den Rubikon - Die Neue NATO schafft Fakten (Reinhard Mutz)

Fünfundzwanzig Jahre nach ihrer Gründung und an der Schwelle eines neuen Jahrhunderts geht die NATO auf Distanz zu sich selbst und zu ihrer Geschichte. Sie verhütet den Krieg nicht mehr, sie führt ihn. Jenseits des Verteidigungsfalls und ohne Ermächtigung durch die dazu allein befugte Weltorganisation setzt sie ihre Waffen ein. Die Bindung an das internationale Recht, die u.a. den Anspruch als Wertegemeinschaft begründete, hat sie abgestreift. In der Kosovo-Krise führte die Wahl einer inflexiblen Erzwingungsstrategie und das nahezu ausschließliche Setzen auf die militärische Karte zum politischen Fiasko: Das gewaltsame Vorgehen verkehrte die Absicht, eine humanitäre Katastrophe zu verhindern, in ihr Gegenteil. Mit ihrem neuen Rollenverständnis ist die westliche Allianz den von Grund auf veränderten Herausforderungen des Friedens und der Sicherheit in Europa immer weniger gewachsen.

2.1. Stadtgespräche - Beobachtungen zur "Wehrmachtsausstellung" (Bernd Greiner)

In vier Jahren sahen in 23 Städten der Bundesrepublik über 700.000 Menschen die Ausstellung "Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944", entworfen vom Hamburger Institut für Sozialforschung. Was hob das Ereignis über alle Erwartungen der Veranstalter hinaus? Der ungewöhnlich große Zulauf, das nicht endende Echo in den Medien, die heftigen öffentlichen Kontroversen? Von einem zum anderen Ausstellungsort schwoll das kulturelle Begleitprogramm an. Lokale Initiativen organisierten Vorträge, Diskussionsforen, Filmabende. In ihrem Umkreis entwickelte sich das unmittelbare Gespräch, über Berufs- und Altersgrenzen hinweg, weder politisch steuerbar noch weltanschaulich zu vereinnahmen: eine Art Vergesellschaftung von Geschichte oder die Enteignung der Präsentation durch ihr Publikum. Vielerorts wurde die Ausstellung zum "Begleitprogramm".

2.2. Berliner Republik und EU - die deutsche Präsidentschaft (Matthias Dembinski)

Die Regierung Schröder hat alle Befürchtungen widerlegt, Deutschland könne zu einem weniger verlässlichen EU-Mitglied werden. Allerdings wird die Zukunft der traditionellen Rolle Deutschlands unter dem Druck der Veränderung der gesamteuropäischen Konstellation und des unsicher gewordenen Engagements der USA für Europa brüchig. Zwei Perspektiven bieten sich an. Neben die Option, die Integration voranzutreiben und Europa auch außen- und sicherheitspolitisch handlungsfähig zu machen, tritt die Option eines Europas, in dem Deutschland mit seinen Partnern zwar durch den Binnenmarkt und die Währungsunion eng verflochten ist, aber seine nationale Identität und seine Handlungsfähigkeit nicht verliert und ebenso nachdrücklich wie die anderen seine Interessen verfolgt. Die Ergebnisse des Berliner Gipfels lassen Entwicklungsperspektiven weder in die eine noch die andere Richtung erkennen.

2.3. Die Neustrukturierung der westeuropäischen Rüstungsindustrie (Hartmut Kühle)

Die weltweit gesunkenen Verteidigungshaushalte und die durch eine Fusionswelle gestärkten US-Konzerne zwingen zu einer Neuordnung des europäischen Rüstungsmarktes, der unter seiner Fragmentierung in zu kleine, geschützte Märkte leidet. Die Folgen sind zu kleine Produktionsserien, zu hohe Stückpreise und eine zu geringe Effizienz der Unternehmen. Um die Zersplitterung zu überwinden, muß es einmal zu supranationalen, arbeitsteiligen Industriestrukturen und zum anderen zu einer Harmonisierung der Beschaffungen auf westeuropäischer Ebene kommen. Die Bestrebungen dazu sind im Flugzeugbau am weitesten gediehen. Die größte Schwierigkeit scheint jedoch die Aufgabe nationalstaatlicher Souveränität und der befürchtete Verlust von Arbeitsplätzen und technologischen Kompetenzen zu sein.

Trotz wichtiger Initiativen in den letzten zwei Jahren kommt dieser Prozeß nur langsam voran.

2.4. Wende in der Entwicklungspolitik? (Ulrich Ratsch)

Der neuen Führung des BMZ ist es gelungen, den Etat dieses Ministeriums, der in den vergangenen Jahren gesunken war, wieder leicht zu erhöhen. Dieses Signal für eine gestiegene Bedeutung der Entwicklungspolitik wird durch Kompetenzerweiterungen des BMZ unterstrichen: bei den Lomé-Verhandlungen, den Weltsozialgipfeln, den Habitat-Konferenzen und den Transformationsprogrammen für Osteuropa sowie durch den Sitz im Bundessicherheitsrat. Allerdings zeigen erste kritische Entscheidungen über Rüstungsexporte, daß dieser formalen Steigerung der Zuständigkeiten noch keine signifikante Steigerung des Gewichts entwicklungspolitischer Argumentationen entspricht. Das formulierte Ziel, Entwicklungspolitik als globale Strukturpolitik an der Leitidee nachhaltiger Entwicklung zu orientieren, ist zu begrüßen. Inwieweit sich diese Absicht in der Praxis der Entwicklungszusammenarbeit niederschlagen wird, kann im Moment noch nicht endgültig beurteilt werden. Mit der Kölner Schuldeninitiative geht die neue Regierung nun einen kleinen Schritt in eine neue Richtung.

3.1. Nordirland: Von den Risiken, den Frieden zu wollen (Bernhard Moltmann)

Die Belfast-Übereinkunft des Jahres 1998 hatte Nordirland den Weg gewiesen, dem jahrzehntelangen Konflikt durch einen Zuwachs an Autonomie, politischer Partizipation und grenzüberschreitender Verflechtung sein Gewaltpotential zu nehmen. Doch so groß die Hoffnungen und der gesellschaftliche Rückhalt auch sind, so groß sind die praktischen Hindernisse. Öffentliche Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Loyalität der Polizei stehen auf schwachen Füßen - die paramilitärischen Organisationen haben mit der Ausmusterung ihrer Waffen noch nicht begonnen - die Führer der politischen Parteien haben sich bisher nicht in gemeinsam geteilter politischer Verantwortung bewährt. In der Summe sind dies Indikatoren, daß die produktive Seite des Friedensprozesses mühsam, langwierig und auch noch gewaltträchtig sein wird.

3.2. Die Mühsal der Selbstbehauptung: Russische Außen- und Sicherheitspolitik in der ausgehenden Ära Jelzin (Anna Kreikemeyer)

Die innere Lage Rußlands und sein Verhalten in der internationalen Staatengemeinschaft gleichen einer mühevollen Selbstbehauptung im chronischen Schwächezustand. Zwischen Obstruktion und Konzessionen verliert sich Moskaus Gestaltungsergie in dem von USA, NATO und EU vorgezeichneten Rahmen europäischer Sicherheitspolitik. Symptome dieses Erschöpfungsstadiums zeigen sich an der tiefen Wirtschafts- und Finanzkrise des Landes und seiner Abhängigkeit von westlicher Unterstützung, der schwindenden Steuerungsfähigkeit in Konflikten und der Hinnahme einer zunehmenden Regionalisierung im GUS-Raum sowie der abnehmenden Mitgestaltung internationaler Sicherheit. Kursänderungen der westlichen Rußlandpolitik sind geboten, die die gegenwärtige Schwäche Rußlands mitsamt ihren Konsequenzen als gesamteuropäische Gestaltungsaufgabe begreifen.

3.3. "Wenn hinten, weit in der Türkei ..." . Konfliktpolitischer Strukturwandel im Mittleren Osten und die Rolle der USA (Margret Johannsen)

Der Mittlere Osten ist trotz mancher Hinterlassenschaften des Ost-West-Konflikts zurückgekehrt zu der ihm eigenen Multipolarität. Vier Fälle - der unerklärte Bombenkrieg gegen den Irak, die grenzüberschreitende Jagd auf die PKK und deren Führer Öcalan, die militärpolitische Zusammenarbeit zwischen Israel und der Türkei und die vorsichtige Wiederannäherung zwischen Iran und dem Westen - zeigen, daß trotz ihres konkurrenzlosen Supermachtstatus dem Einfluß der USA auf die konfliktpolitische Struktur der Region durch die regionale Eigendynamik Grenzen gesetzt sind. Angesichts der demonstrierten Machtfülle der USA und der gleichwohl

offenkundig gewordenen Resistenz der Konflikte gegenüber militärischen Lösungsversuchen sollte die Europäische Union das zivile Profil ihrer Einflußnahme auf das Konfliktgeschehen in der Nachbarregion Europas beibehalten und schärfen.

3.4. Die Mühen der Ebene: Der israelisch-palästinensische Friedensprozeß (Margret Johannsen)

Nach eineinhalb Jahren Stillstand im Friedensprozeß und gedrängt von den USA unterzeichneten Israel und die palästinensische Autonomiebehörde am 23. Oktober 1998 in Wye River ein Abkommen, das den Umfang und die Termine der Übergabe weiterer Teile der Westbank an die palästinensische Verwaltung festlegt und die Palästinenser zu verschärften Sicherheitsmaßnahmen verpflichtet. Es blieb jedoch bei einem ersten geringfügigen Rückzugsschritt der israelischen Armee. Die Auseinandersetzungen um die Implementierung des Wye-Abkommens fanden mit dem Sturz der Netanjahu-Regierung am 21. Dezember 1998 ein vorläufiges Ende. Die neugewählte israelische Regierung wird mit dem Vorhaben der palästinensischen Autonomiebehörde, einen souveränen Staat Palästina auf dem Territorium der Autonomiegebiete auszurufen, konfrontiert sein und über dessen Umfang und Kompetenzen verhandeln müssen.

3.5. Afro-Militarismus. Die Entstehung eines nachhaltigen Kriegssystems im Zentrum Afrikas (Theodor Hanf)

Im Gewande eines "neuen Afrikanismus" betreiben Afrikas neue Herrscher ein sich aus dem Land ernährendes, nachhaltiges Kriegssystem. Die internationalen Staaten verhielten sich zum Kongo-Konflikt wie zuvor zu dem in Ruanda: Sie definierten ihn als innerstaatliche Angelegenheit. Längst kämpfen dort indes auch Truppen der Nachbarstaaten für ihre eigenen Interessen. Der schnelle Sturz Kabilas schlug zwar fehl, doch sind seine Verbündeten nicht imstande, das gesamte Land zurückzuerobern. Während die zwischenstaatlichen Beziehungen sich militarisieren, plündern die Soldaten Kabilas ebenso wie die Rebellen die Zivilbevölkerung aus. In einem Jahr ist im Kongo eine Kriegsökonomie entstanden. Wie zuvor Angola könnte nun auch der Kongo in einem dreißigjährigen Krieg versinken. Das Land zerfällt nicht, sondern ist in Gefahr, durch auswärtige Kräfte geteilt zu werden. Die Entwicklungszusammenarbeit mit allen involvierten Staaten sollte von der Einstellung der Kriegshandlungen abhängig gemacht werden.

4.1. Kriege am Ende des 20. Jahrhunderts. Entwicklungen und Tendenzen 1989-1998 (Klaus Jürgen Gantzel)

Verglichen mit der Zeit seit 1945 weist die Kriegsbelastung der Jahre 1989-98 zwei Besonderheiten auf: Es wird die größte Häufigkeit pro Jahr geführter Kriege seit 1945 erreicht, und dann bis 1997 ein so starker und schneller Rückgang, wie es ihn seit 1945 ebenfalls nicht gegeben hat. Der Wiederanstieg der Kriege 1998 läßt aber zweifeln, ob es sich um mehr als eine Episode handelte, bei der der Zerfall der Sowjetunion eine gewisse Rolle spielte. Im übrigen hat sich das große Übergewicht der Zahl innerstaatlicher Kriege noch verstärkt und verweist auf die Probleme befriedender Staatsbildung in den Entwicklungsregionen. Die größte Kriegsanfälligkeit zeigt Afrika, gefolgt von Asien und dem Nahen/Mittleren Osten. In Europa ist der Befriedungsprozeß weit fortgeschritten, trotz der Balkankrisen, und Lateinamerika nähert sich allmählich einem gleichen Zustand an. Weitsichtige Friedenspolitik muß Gesellschaftspolitik sein: Förderung einer funktionierenden bürgerlichen Gesellschaftsformation.

4.2. Wenn Gesellschaften über ihre Vergangenheit streiten: Die Suche nach Wahrheit und Versöhnung in Demokratien (Bernhard Moltmann)

Demokratien, die aus Diktaturen hervorgehen, stehen vor der Aufgabe, zurückliegende Rechtsbrüche und Entwürdigungen von Menschen und Gruppen aufzudecken, Schuldige zu benennen und Opfer zu rehabilitieren. Wie viele andere

Staaten suchen Chile und Südafrika mit Hilfe von Wahrheitskommissionen, Licht in die Schrecken der Vergangenheit zu bringen und Versöhnung zu fördern. Gelingt es, Schuld und Leid wechselseitig anzuerkennen, wächst die Glaubwürdigkeit des demokratischen Rechtsstaats in der Gesellschaft. Demgegenüber verharrt Deutschland in dem Zustand der "beschwiegenen Schuld" angesichts der NS-Gewaltherrschaft und des Unrechts, das Menschen in der ehemaligen DDR erlitten haben - mit dem Ergebnis, immer wieder mit Wellen der Thematisierung der Vergangenheit konfrontiert zu werden.

4.3. Klimagipfel in Buenos Aires - nur heiße Luft am Rio de la Plata? (Stefan Wilhelmy)

Das Festhalten an der Wachstumsideologie im Norden und die "nachholende Entwicklung" im Süden erhöhen den Druck auf die globalen Ökosysteme. Die fortschreitende Anreicherung von Treibhausgasen in der Atmosphäre wirkt sich bereits meßbar auf das Klima aus. Ansteigende Meeresspiegel, Verschiebung von Vegetationszonen und Umweltflüchtlinge sind Schlagworte, die seit Jahren auch in der Debatte um ökologische Sicherheit diskutiert werden. Trotzdem kommt die internationale Klimaschutzpolitik nur sehr langsam voran. Der auf der vierten Vertragsstaaten-Konferenz zur Klimakonvention verabschiedete Buenos Aires Plan for Action ist das magere Ergebnis zweiwöchiger Verhandlungen. Die weiterhin zahlreichen offenen Fragen müssen nun innerhalb von zwei Jahren gelöst werden. Da sich die USA erneut als Bremser erwiesen, muß die EU zum Motor der Klimaschutzpolitik werden.

4.4. Die Verfügbarkeit fossiler Energieträger - wieder zum Problem geworden? (Hans Diefenbacher)

Eine Analyse statistischer Aussagemöglichkeiten über die globalen Reserven bei Erdöl und Erdgas zeigt die Gefahr, daß die ursprünglichen Prognosen des "Club of Rome" nicht zu pessimistisch gewesen sein könnten. Da die Angaben über neue Reserven zum überwiegenden Teil keinen neuen Erdölfunden, sondern lediglich einer Neubewertung bekannter Lagerstätten zuzuschreiben und der Ausweis großer Reserven politisch motiviert sein kann, wird es zunehmend wahrscheinlicher, daß ein deutlicher Preisanstieg bei nicht erneuerbaren Energieressourcen in der zweiten Hälfte der nächsten Dekade einsetzen kann. Verbrauch und Vorräte von Erdöl und Erdgas sind geographisch zudem derart ungleich verteilt, daß politische Spannungen nicht auszuschließen sind. Der Aufbau einer dezentralen, energiesparenden Solarwirtschaft sollte daher nicht weiter hinausgezögert werden.

4.5. Internationale Strafgerichtshöfe als Friedensinstrumente? (Michael Bothe)

Seit dem Ende des Ersten Weltkriegs gibt es Versuche, im Krieg begangene Verbrechen durch internationale Gerichte zu bestrafen. Einen herausragenden Stellenwert nehmen die Gerichte von Nürnberg und Tokio ein, die erstmals Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen gegen den Frieden ahndeten und dabei das Prinzip der persönlichen strafrechtlichen Verantwortlichkeit der Täter begründeten. Nachdem der Kalte Krieg die Strafverfolgung zum Erliegen brachte, kam die Idee eines von der UNO gegründeten Internationalen Strafgerichtshofs erst in den neunziger Jahren wieder auf die internationale Agenda. Daß 1998 in Rom das Statut eines Internationalen Strafgerichtshofs angenommen worden ist, der als Mittel zur Wiederherstellung des Friedens fungieren soll, zeugt von der Tendenz einer zunehmenden Konstitutionalisierung der Menschenrechte.

5.1. Die Demontage des ABM-Vertrags gefährdet die gesamte Rüstungskontrolle (Bernd W. Kubbig)

Die Clinton-Administration beschleunigt ihren Fahrplan für einen landesweiten Abwehrgürtel. Der politische Preis dafür ist außerordentlich hoch. Verteidigungsminister Cohen scheint bereit, dafür den für die gesamte Rüstungskontrolle wichtigen ABM-Vertrag zu opfern. Senator Jesse Helms will das Abkommen "auf den Müllhaufen der Geschichte" werfen. Raketenabwehrwaffen würden zum verstärkten Aufbau der Nuklearprogramme Chinas und anderer Staaten beitragen, die Rüstungsdynamik anheizen und Maßnahmen gegen die Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln entwerten. Deshalb muß die Europäische Union der amerikanischen Demontage des ABM-Vertrages entgegenwirken. Sie sollte die im Abkommen enthaltene Norm des Aufstellungsverbots auf eine breitere Basis stellen - und zwar kombiniert mit dem globalisierten Verbot von Mittelstreckenraketen.

5.2 Das Nichtverbreitungsregime in der Krise? Massenvernichtungswaffen in Indien, Pakistan, Nordkorea und Irak (Katja Frank/Annette Schaper)

Im letzten Jahr hat es mehrere besorgniserregende Entwicklungen bei der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen gegeben. Indien und Pakistan haben Nukleartests durchgeführt und sich offiziell zu Kernwaffenstaaten erklärt. Aber beide Länder scheinen als Reaktion auf die starken internationalen Proteste ihre Opposition gegen den Teststoppvertrag und Verhandlungen zu einem Cutoff aufzugeben. Nordkorea befindet sich seit mehreren Jahren praktisch im Widerspruch zum NVV. Es sind internationale Handlungsstrategien entwickelt worden, die zu einer konstruktiven Lösung hinführen können. Gegen den Willen der irakischen Führung ist eine vollständige Aufklärung der Aktivitäten nicht möglich. Aber der Unilateralismus, mit dem die USA und Großbritannien gegen den Irak vorgegangen sind, haben das Nichtverbreitungsregime gefährdet.

5.3. Kernwaffenfreie Zonen: Schritte zur vollständigen nuklearen Abrüstung? (Constanze Eisenbart)

Neben dem unersetzbaren globalen nuklearen Nichtverbreitungsregime breitet sich, vor allem auf der Südhalbkugel der Erde, ein enges Netz von Nuklearwaffenfreien Zonen (NWFZ) aus. Die wichtigsten Etappen bilden Verträge für Lateinamerika, den Südpazifik, Afrika und Südostasien. Welche Kriterien für NWFZ sind unerlässlich, welche wünschenswert? Das NWFZ-Konzept ergänzt das globale NVV-Regime vor allem dadurch, daß es die fünf offiziellen Kernwaffenstaaten in Protokollen verpflichtet, ihre Atomwaffen aus den betreffenden Regionen herauszuhalten. Gleichzeitig bietet es den inoffiziellen Kernwaffenstaaten eine Möglichkeit, ihre Politik ohne Prestigeverlust zu ändern. Beide Konzepte erfüllen ihren Zweck, wenn sie den graduellen Übergang in eine kernwaffenfreie Welt fördern.

5.4. Konventionelle Rüstungskontrolle vor neuen Herausforderungen: Der KSE-Vertrag im Belastungstest (Hans-Joachim Schmidt/Wolfgang Zellner)

Der Kosovokrieg stellt die europäische Rüstungskontrolle auf eine ernste Probe. Zwar wurde bei den Verhandlungen über die Anpassung des KSE-Vertrags ein Durchbruch erreicht, der die Chancen für die Unterzeichnung eines angepaßten Vertrags wesentlich vergrößert. Ob dieser aber in allen 30 Staaten ratifiziert werden wird, ist ungewiß. Für die Glaubwürdigkeit von Rüstungskontrolle ist von hoher Bedeutung, ob die Regeln des Wiener VSBM-Dokuments auch unter Kriegsbedingungen eingehalten werden. Die Verhandlungen über Rüstungskontrolle für Südosteuropa haben erst nach Beendigung des Krieges wieder eine Chance, doch müssen schon jetzt die politischen Weichen dafür gestellt werden. Jede weitere Eskalation des Kosovokrieges verstärkt den Druck auf die Rüstungskontrolle.

5.5. Geißeln der Zivilbevölkerung: Landminen und Kleinwaffen (Simone Wisotzki)

Im März 1998 trat der Ottawa-Vertrag zum Verbot von Anti-Personenminen in Kraft. Die Kombination aus Rüstungskontrolle und Entwicklungshilfe ist ein vielversprechender Ansatz, dennoch zeigt sich, daß der Vertrag rasch ausgehandelt wurde, Schwächen hat und sich bei der Umsetzung zahlreiche Probleme ergeben werden. Auch hat es einige Verstößen von Staaten gegeben, die den Ottawa-Vertrag zwar unterzeichnet, Anti-Personenminen aber dennoch eingesetzt haben. Die internationale Staatengemeinschaft und die Nichtregierungsorganisationen richten ihre Aufmerksamkeit nach dem Abschluß des Minenvertrages verstärkt auf die Problematik der Kleinwaffenproliferation. Die Europäische Union will mit ihrer Gemeinsamen Aktion Hilfsprogramme für Staaten anbieten, in denen Kleinwaffen destabilisierend wirken. Ziel ist es, nicht nur reaktiv zu versuchen, überschüssige Waffenarsenale in Konfliktregionen abzurüsten, sondern schon im Vorfeld zu verhindern, daß Kleinwaffen in diese Regionen gelangen können.

6.1. Weiter so? Die Asien-Krise, die Globalisierung und die neue internationale Finanzarchitektur (Hans-Joachim Spanger)

Bei der Asien-Krise handelt es sich um die schwerste internationale Finanzkrise der vergangenen 50 Jahre. Zwar scheint gegenwärtig die Gefahr einer weiteren Ausbreitung gebannt, und es sind auch in Asien erste Anzeichen einer Stabilisierung festzustellen. Gleichwohl bleibt die Frage nach der Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte und damit jenes Finanzsystems, das sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten in ungeahntem Tempo globalisiert und über die nationalen Grenzen hinaus integriert hat. Auch wenn es kaum einen Zweifel geben kann, daß hier eine wesentliche Ursache der jüngsten Erschütterungen und ihrer ungebremsten Ausweitung zu suchen ist, so ist ungeachtet dessen die Neigung zu grundlegenden Veränderungen gering. Die allseits geforderte neue internationale Finanzarchitektur scheint über kosmetische Retuschen der bestehenden Unordnung nicht hinaus zu gelangen - mit dem Risiko, daß die nächste Krise dann auch deren kapitalistische Fundamente hinwegspült.

6.2. Staatsimplosion oder demokratischer Neubeginn? Indonesien am Scheideweg (Gunter Schubert)

Indonesien bewegt sich knapp zwei Jahre nach Ausbruch der Asienkrise am Abgrund. Seit längerem ist die Rede von der drohenden Balkanisierung Indonesiens. Eine politische Desintegration dieses größten südostasiatischen Landes gefährdet die sicherheitspolitische Stabilität der gesamten Anrainerregion. Ein Erfolg des von der neuen Regierung Habibie eingeleiteten Reformprogramms ist derzeit unsicher, denn gewaltsame ethno-religiöse Konflikte und eine unzureichende Kontrolle über die Armee haben Teile des Inselarchipels in bürgerkriegsähnliche Zustände versetzt. Die wirtschaftliche Gesundung Indonesiens und die Entpolitisierung der Streitkräfte sind die zentralen Voraussetzungen für eine nachhaltige Demokratisierung nach dem Ende der Ära Suharto im Mai 1998. An diesen Zielen muß sowohl die deutsche als auch die europäische Indonesienpolitik ausgerichtet werden.

6.3. China, der letzte Stabilitätsanker? (Peter Kreuzer)

Gegen die Auswirkungen der Asienkrise und die Deflationszeichen auf dem Binnenmarkt setzt der chinesische Staat auf aktive Konjunkturförderung durch staatliche Investitionsprogramme und einen Maßnahmenmix zur Ankurbelung der chinesischen Exporte. Die sozialen Folgen der Restrukturierung der chinesischen Wirtschaft - Arbeitslosigkeit, unzureichende Krankenversicherung, unsichere Renten - versucht die Politik mit lokal unterschiedlichen Übergangslösungen kurzfristig zu mildern und durch den Ausbau der noch rudimentären sozialen Sicherungssysteme mittelfristig abzufedern. Zwar ist die ökonomische Zentralsteuerung eher schwach

ausgeprägt, doch bietet das Nebeneinander partiell autonomer regionaler Einheiten auch Vorteile bei der Bewältigung ökonomischer Krisen. So hat China recht gute Chancen, auch weiterhin den - hoffentlich abflauenden - Stürmen der Asienkrise zu trotzen.

6.4. Zwischen Hoffen und Bangen - Die Krise in Nordkorea und der bedrohte Frieden in Asien (Hans J. Gießmann)

Nordkorea ist Schauplatz einer beispiellosen humanitären Katastrophe. Die Herrschenden verweigern sich Reformen auf Kosten der notleidenden für die Bevölkerung. Gleichzeitig halten sie an einer riesigen Militärmaschinerie und abenteuerlichen Rüstungsprogrammen fest, die als Trumpfkarten für den Machterhalt betrachtet werden. Das Ausmaß der Krise, erhöhte militärische Risiken, anhaltende Spannungen zwischen Nord und Süd sowie konkurrierende Interessen von vier Großmächten bergen den Keim eines verheerenden Flächenbrandes in Nordostasien. Zu Optimismus besteht kein Anlaß, falls die drohende Eskalation nicht gestoppt wird. Neben bedingungslosen Soforthilfen gegen die anhaltende Not und der Fortsetzung von Verhandlungen mit der Führung Nordkoreas ist die Vereinbarung abgestimmter und belastbarer Verfahren auf internationaler Ebene zur Einhegung der Krise ein Gebot der Stunde.

6.5. "Asiatische Werte" und "asiatische Krise" - Ende oder Verschärfung des Streits um die Menschenrechte? (Lothar Brock/Karoline Schmitt)

Die Berufung auf die Existenz "asiatischer Werte" hat in den vergangenen Jahren im Streit zwischen Nord-Süd um die Universalität der Menschenrechte eine wichtige Rolle gespielt. Bei den "asiatischen Werten" geht es nicht nur um die Sicherung autoritärer Herrschaft, sondern auch um die Selbstverständigung der ostasiatischen Region über ihren Ort in der Weltgesellschaft und um die Bewältigung der sozialen Integrationsprobleme, die sich aus der Globalisierung ergeben. Mit der "asiatischen Krise" sind die zuletzt genannten Aspekte der Werte-Debatte wichtiger geworden. Die Krise unterstreicht damit die Notwendigkeit einer interkulturellen Verständigung über die sozio-kulturellen Implikationen der Globalisierung und ihre Bedeutung für die Menschenrechte. Einen Rahmen für eine solche Verständigung könnte die ASEM abgeben. Die auf diesem Gebiet bereits sehr aktiven Nichtregierungsorganisationen müssen in die Verständigungsbemühungen einbezogen werden.